

Jürgen Klocke, Redaktion AWW-Informationen

Aktuelle Entwicklung Kaliningrads – der „philosophischen Hauptstadt der Aufklärung“

Exklusiv-Interview mit dem Philosophen und Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Wladimir Gilmanov

Herr Prof. Gilmanov, Sie lehren als Philosoph und Literaturwissenschaftler an der Immanuel Kant-Universität in Kaliningrad und sind außerdem Mitglied im Vorstand der „Profko – autonome, nicht kommerzielle Agentur“. Welche Aufgaben hat sich die „Profko“ gestellt?

Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Die „Profko“ ist eine kleine Werkstatt für die Praxis der „Technologie der Hoffnung“. Diese Nichtregierungsorganisation (NGO) ist 1999 auf der Basis der Privatinitiative meines Freundeskreises entstanden, der bereits Anfang der 90er Jahre mit zahlreichen humanitären Projekten anging, vor allem zwecks der Entwicklung der „Infrastruktur des Gewissens“. Die „Profko“ ist eigentlich ein Kind der „praktischen Vernunft“ im Sinne von Immanuel Kant (Königsberger Philosoph im Zeitalter der Aufklärung), ein gewagtes Unternehmen, den freien Willen nach einer moralischen Ontologie (Seinslehre) in die Lebenspraxis umzusetzen. Dank des Einstieges der finanzstarken „W. P. Schmitz-Stiftung“ aus Düsseldorf und „R. C. Maagdenhuis-Stiftung“ aus Holland hat sich die bescheidene Privatinitiative zu einem großen internationalen Projekt entwickelt: Für die Förderung von kleinen und mittleren Handwerksbetrieben sowie für allerlei humanitäre Projekte in der Kaliningrader Region

wurden durch die Organisations- und Koordinationsstruktur der „Profko“ innerhalb von etwa acht Jahren etwa 1,3 Mill. Euro ausgegeben.

Die „Profko“ arbeitet ganz präzise, transparent und dadurch vertrauenswürdig.

Eines der Hauptanliegen der „Profko“ ist die Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe und



Prof. Dr. Wladimir Gilmanov

der einheimischen Kommunalpolitik auf dem Lande. In der ehemaligen „Kornkammer“ Deutschlands ist die Landwirtschaft heutzutage in einem ziemlich dramatischen Zustand, was durch eine ganze Palette von verschie-

denen Ursachen zu erklären ist, z. B. durch die Auslaugung des Bodens und den Mangel an Fachkräften in der Landwirtschaft.

Kaliningrad hat nach den veröffentlichten Zahlen der letzten Jahre einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Aktuelles Beispiel ist die Ansiedlung einer neuen Automobilproduktion. Gleichzeitig herrschen Tristesse und Hoffnungslosigkeit bei einem größeren Teil der Bevölkerung. Wie beurteilen Sie diesen offensichtlichen Widerspruch?

Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Das ist schon wahr, dass Kaliningrad in den letzten Jahren einen auffälligen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt: Die regionale Entwicklungsdynamik ist derzeit 2–2,5 mal höher als der russische Durchschnitt, ausgehend übrigens von einem sehr niedrigen Stand in der Mitte der 90er Jahre infolge des totalen Kollapses der Kaliningrader Wirtschaft nach der Wende. Die überhitzte Entwicklung, die unter anderem dem Gesetz über die Sonderwirtschaftszone und dem föderalen Förder- und Entwicklungsprogramm für die Region

Kaliningrad zu verdanken ist, spiegelt sich vor allem in der Optik der Großstadt wieder, die von Leuchtreklamen, neuen Geschäften und teuren Restaurants überquillt. Ganz anders die Situation hinter den Fassaden und auf dem Lande.

Das Spannungsverhältnis ist meiner Auffassung nach durch den sogenannten „Mangel an dem anthropologischen Minimum“ zu erklären, d. h. durch den Mangel an den allgemein bekannten Aufklärungswerten – Ehrlichkeit, Vernünftigkeit, Verantwortung, Toleranz, Rechtsdisziplin usw., die die notwendige Funktionsgrundlage der modernen westlichen Zivilisation ausmachen. In Russland mangelt es daran, vor allem in dem entscheidenden Bereich des modernen Zivilisationslebens – im Diskurs des russischen Kapitalismus, was sowohl die russische politische Führungskraft als auch die Medien anerkennen. In Russland ist der Kapitalismus asozial, amoralisch, habsüchtig, monopol-süchtig, heimtückisch... Die russischen Kapitalisten suchen ihr Geld in die Off-Shore-Zonen auszuführen, ihre Steuern zu minimalisieren, zu Monopolisten auf dem Markt zu werden. Und sie schaffen es, auch dank einer der größten Plage des russischen Lebens – der Korruption, die bis in die Ministerialstrukturen eingedrungen ist. Deswegen scheitern die optimistischen Inflationsprognosen der russischen Regierungsbeamten, deswegen steigen die Preise für Grundnahrungsmittel bis zu 60 %, und die Russen fühlen sich betrogen...

Es sei aber betont, dass die Problematik des sogenannten „anthropologischen Minimums“ für die gesamte moderne Kultur aktuell ist und zwar in der eschatologischen (Endschicksal) Intensität – das notwendige „anthropologische Minimum“ für das Überleben der Zivilisation.

Russland als Ganzes und Kaliningrad im Besonderen vollziehen ihren Transformationsprozess vom Sowjetsozialismus zur bürgerlichen Demokratie seit etwa 20 Jahren. Welche Folgen hatte diese Transformation für das Wirken staatlicher Organe und Verwaltungen gegenüber den Bürgerinnen

und Bürgern und der Wirtschaft Kaliningrads? Wurde bürokratische Bevormundung abgebaut?

Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Die zwei wichtigsten Instrumente für die wirtschaftliche Transformation in der Region sind das Gesetz über die Sonderwirtschaftszone und das regionale Programm für sozial-ökonomische Entwicklung. Kaliningrad entwickelt sich, denn trotz der Schwierigkeiten der Exklavelage verfügt die Region über hervorragende Chancen: den eisfreien Hafen, Erdöl hoher Qualität und einmalige Bernsteinvorkommen. Um die Transformationstendenzen zu sichern, bedarf es einer fortschrittlichen, unkorrupten, sozial engagierten Bürokratie. Vor einigen Jahren noch war die Sachlage mit der Bürokratie ganz düster. Derzeit sind einige positive Tendenzen zu verzeichnen: Es entwickelt sich eine neue Generation, die mindestens die Anzeichen des gesunden Pragmatismus erkennen lässt. Symptomatisch in dem Sinn ist der strebsame tatkräftige Gouverneur Georgij Boss, ein erfolgreicher Geschäftsmann aus Moskau, der der Auffassung ist, in fünf Jahren werde Kaliningrad seinen litauischen und polnischen Nachbarn in nichts mehr nachstehen. Er rechnet mit dem neuen Gesetz für die Sonderwirtschaftszone und stellt Prognosen, nach denen in den nächsten Jahren dank der großzügigen Steuer- und Zollvergünstigungen jährlich 15 bis 25 Großinvestoren in verschiedene Wirtschaftszweige einsteigen werden. Und seine Hoffnungen scheinen sich zu bewahrheiten, denn im Jahr 2007 hat sich die Anzahl der Firmen, die sich als Sonderwirtschaftszone-Geschäftsträger eintragen ließen, verdoppelt. Die meisten Investoren sind aus Moskau und Sankt-Petersburg. Es ist aber auch ein Zuwachs der ausländischen Investitionen in die Wirtschaft der Kaliningrader Region zu verzeichnen, deren Volumen im Jahr 2007 im Vergleich mit dem Vorjahr sich verdoppelt

hat, obwohl dieses nach wie vor ziemlich bescheiden bleibt: Nach Angaben der Pressestelle der Gebietsregierung beträgt es derzeit über 170 Mio. Dollar. Das alles erscheint hoffnungsbringend.

Die Bürokratie stellt sich um, ist gezwungen, sich umzustellen, denn auch die Zentralmacht in Moskau tut ihr Bestes, die Bürokratie umstellen zu lassen. Darüber hinaus hilft Europa der Verwaltung in Kaliningrad bei diesem Transformationsprozess. Die EU hat 2007 sieben Mio. Euro für eine Verwaltungsreform in Kaliningrad bereitgestellt. Zur praktischen Umsetzung des Projekts ist ein Team von Experten aus Russland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Polen und Irland gebildet worden.

Die EU wird in den nächsten sechs Jahren im Rahmen der sogenannten grenznahen Zusammenarbeit mehr als 40 verschiedene Projekte umsetzen. Dafür werden insgesamt 132 Mio. Euro bereitgestellt.

Haben die Menschen in Russland jetzt größeres Vertrauen in ihren Staat?

Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Der Abbau der Bürokratie ist selbstverständlich ein längerer Prozess. Die meisten Russen sind in diesem Punkt nach wie vor sehr misstrauisch, denn die Bürokratie steht öfters unter dem Einfluss der Oligarchenclans. Die Russen sind auch einer totalen Verlogenheit des aktuellen Lebens müde. Nach dem analytischen Gutachten der größten russischen Zeitung „Argumenty i Fakty“ (N 12 (1429)) ist die öffentliche Lüge der Finanzoligarchie und der Bürokratie zu einem alltäglichen Problem geworden. Die Menschen glauben nicht an die offiziell deklarierten Ziffern der Regierung, an die Rechenschaftsberichte des Ordnungsamtes über die Senkung der Kriminalität, an die Urteile der Staatsanwaltschaft und Gerichtsorgane.

Man glaubt nicht einmal an die Glaubwürdigkeit der Ärzte. Man glaubt nicht an die Objektivität der Massenmedien. Man glaubt nur an Putin: Er und – ganz vorsichtig – sein Nachfolger Medvedjev werden mit den allgemein gültigen Werten assoziiert als Hoffnungsalternative für die weitumfassende Verlogenheit der Realität. Auf die Frage der Soziologen – Welchen Menschen wollen Sie im Kreml sehen? Einen weisen, mit gesunden Verstand? Vielleicht einen starken mit eisernen Willen? – haben die meisten geantwortet: Wir wollen einen ehrlichen, uneigennütigen, sittlichen... D. h. die meisten Russen wollen in erster Linie einen moralischen Leiter.

Schon dies allein zeigt ein paradoxes Problem für die heutige Situation in Russland und zwar die Notwendigkeit des „anthropologischen Minimums“ für die weitere Entwicklung der Nation, sowohl in Politik als auch in Wirtschaft. All die Werte, die unter dem „Minimum“ zu verstehen sind, sind letztendlich auf die größte Hoffnung des Aufklärungsparadigmas zurückzuführen – auf das moralische Gesetz in uns, das eine ganz besondere Prägung gerade in der

Region Kaliningrad hat, wo das Problem des „anthropologischen Minimums“ auf eine besondere, beinahe eschatologische Weise zugespitzt ist.

Kaliningrad hat Europa anlässlich des 200. Todestages des Philosophen Immanuel Kant im Jahre 2004 die Hand zur Versöhnung gereicht. Worin besteht das Verbindende zwischen Kaliningrad und dem übrigen Europa?

Prof. Dr. Wladimir Gilmanov: Trotz des verwickelten politischen Puzzle-Spiels im „Baltischen Gürtel“ der Weltpolitik lässt sich die Tatsache erkennen, dass Königsberg/Kaliningrad eine ganz besondere Stellung in den Zukunftsszenarien Europas einnimmt, vor allem in den „Szenarien der Hoffnung“. Die Grundidee der Hoffungspraxis muss aber die allumfassende „Transgression“ (Grenzüberschreitung) (im Sinne von M. Foucault) sein, d. h. der Übergang zu einer neuen Qualität der politischen Denkkultur, der internationalen Kommunikation, des interkulturellen Dialogs, des gemeinsamen Wirtschaftens usw.. Die Realpolitik für die „Transgression“ kann aber nur in Folge einer neuen Aufklärung vorbereitet werden, denn

ohne den paradigmatischen Wechsel (grundlegender Wechsel vorherrschender Denkmuster) geht nicht nur die „Sternmission“ des kultur-politischen Topos (grundsätzliche Standortbestimmung) Königsberg/Kaliningrad unter, sondern auch die gesamte moderne Zivilisation.

Die sogenannte neue Aufklärung muss von dem keines Beweises bedürftigen Grundsatz ausgehen, dass alle vorhergehenden Diskurse der Weltkultur im Endeffekt gescheitert sind, trotz der Tatsache, dass jeder der Diskurse in seinem eigenen Code die Geschichte der Wahrheit widerspiegelt. Es geht heutzutage darum, dass das Dasein nicht nur einfach im Zeitraum des „common sense“ erlebt und auf der Grundlage des „Prinzips der zulänglichen Grundlage“ (Leibniz) der Vernunft erklärt wird. Die neue Aufklärung beinhaltet eine grundlegende, allumfassende Bildung zwecks der Herausbildung einer neuen Verstehenskultur. Heute geht es in der Tat darum, dass wir alle einander verstehen lernen, sonst machen wir alles endgültig kaputt – einander, die Zivilisation, den Planeten...

Baum-Ceisig/Busch/Hacker/
Nospicke

Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2008, 474 S., 25,- €, ISBN 978-3-8329-4041-6

Es ist beinahe 20 Jahre her, dass die Länder Mittel- und Osteuropas begonnen haben, ihre Wohlfahrtsstaaten zu transformieren, und dennoch herrscht im Westen immer noch Unwissenheit über diese postkommunistischen Systeme. In diesem Buch werden die Entwicklung, die Krisen und die Reformen der sozialen Sicherungssysteme der zehn mittel- und

osteuropäischen EU-Staaten seit der Transformation von 1989 untersucht. Die detaillierten Länder- und Sektorenstudien zeigen sowohl Gemeinsamkeiten als auch unterschiedliche Wege auf, welche im Lichte der westlichen Theoriedebatte analysiert werden. Eine Gegenüberstellung der Reformtrends in den Wohlfahrtssystemen in Ost- und Westeuropa greift die Debatte um die Zukunft des europäischen Sozialmodells auf. Im Kontext der europäischen Integration



werden diverse Einzelaspekte der sozialen Sicherungssysteme (z. B. Gesundheitsversorgung, Altersrenten, Arbeitslosenversicherung, Armutsbekämpfung) in den mittel- und osteuropäischen Staaten analysiert. Diese sehr sorgfältige Untersuchung,

unterlegt mit umfangreichen Statistiken und Grafiken, eignet sich somit hervorragend als Nachschlagewerk bei der Behandlung aktueller Fragen der Deregulierung in Europa. (jk)